Stadt Plauen
Finanzausschuss

Plauen, 15. Januar 2014

Niederschrift
über die 45. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzung am :	Donnerstag, den 05.12.2013
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 20:00 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender	**Bemerkungen**
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Frau Yvonne Gruber	
Herr Klaus Jäger	
Frau Petra Rank	
Herr Dieter Rappenhöner	anwesend ab TOP 2
Herr Benjamin Zabel	
Beratendes Mitglied	
Herr Volker Friese	
Herr Helmut Putz	anwesend bis TOP 6
Herr Jochen Stüber	
Herr Gerd Zeune	anwesend bis TOP 5
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	Vertretung für SR Weiß
Herr Rainer Maria Kett	Vertretung für SR Stubenrauch anwesend ab TOP 3.2

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Helko Grimm	entschuldigt
Frau Kerstin Knabe	entschuldigt
Herr Bernd Stubenrauch	entschuldigt
Herr Hansjoachim Weiß	entschuldigt
Beratendes Mitglied	
Herr Uwe Heidenfelder	entschuldigt
Herr Christian Hermann	entschuldigt

Herr Hans Peller	entschuldigt
Herr Wolfgang Stark	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Beauftragter für Wirtschaftsförderung und Marketing	TOP 4.1
Herr Grasse	FBL Zentrale Dienste	TOP 4.2
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 4.4
Herr Armbruster	kaufm. Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 4.4
Herr Mißbach	FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften	TOP 3.2, TOP 8
Frau Lembke	FG Stadtentwicklung/Stadtplanung	TOP 4.3
Herr Markert	Eigenbetrieb GAV	TOP 3.1

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Polster-Roth (WGS mbH)	TOP 4.3
Herr Beyer (Freie Presse)	öffentlicher Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

1.1. Tagesordnung

1.2. Beantwortung von Anfragen

2. Einwohnerfragestunde

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen
Drucksachennummer: 833/2013

3.2. Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 828/2013

4. Vorberatung

4.1. Verlängerung Einzelhandelskonzept
Drucksachennummer: 823/2013

4.2. Außerplanmäßige Aufwendungen für Postgebühren, die durch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe gedeckt sind
Drucksachennummer: 808/2013

4.3. Vorzeitige Ablöse von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet "Burgstraße"
Drucksachennummer: 826/2013

4.4. Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes GAV
Drucksachennummer: 816/2013

4.5. Feststellung der Jahresrechnung 2012
Drucksachennummer: 830/2013

5. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2014

6. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 45. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, und Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

2. Einwohnerfragestunde

Hans Langhammer, Schillerstraße 43, 08525 Plauen

Herr Langhammer hat eine Frage bezüglich des Plauener Theaters und den aktuellen Veröffentlichungen hinsichtlich Spielzeit- und Arbeitszeitverkürzung.
Er fragt, wie der Stadtrat gedenkt, das Haushaltsloch in Höhe von ca. 1,3 Mio. zu stopfen? Er befürchtet, dass das Theater wegen des Rathausneubaus zurückstehen muss und gibt zu bedenken, dass dies zu einem langsamen Theatersterben führen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert dass in der letzten Vertragsverlängerung (vor 5 Jahren) mit Zwickau zusammen ein Haustarifvertrag geschlossen wurde. Er erklärt weiter, dass Plauen durch den Verlust der Kreisfreiheit keine Sonderstellung und somit weniger Zuweisungen hat. In den Haustarifverträgen wurde deshalb auch festgeschrieben, dass etwaige Tarifsteigerungen nicht berücksichtigt werden. Er ergänzt, dass davon jedoch abgewichen wurde und mittels Sondervorlagen die Steigerungen doch teilweise beschlossen wurden. Dies hat zur Folge, dass Plauen einen Eigenanteil von 3,5 Mio. und Zwickau etwa 4 Mio. EUR als Gesellschafter an die GmbH zahlen.
Dieses Jahr wurde nun festgelegt, dass die zu erwartenden Tarifsteigerungen nicht schon vorher in den Haushalt für 2014 eingeplant werden können. Er fügt hinzu, dass dies keine Abweichung von den vertraglichen Regularien mit dem Theater darstellt. Sollte es zu einem Tarifabschluss kommen, dann würde der Tarifaufwuchs, wie vom Betriebsrat im Kulturausschuss am 21.11.2013 vorgetragen, teilweise mit Freizeit, teilweise mit Geld ausgeglichen.
Oberbürgermeister Oberdorfer äußert, dass es perspektivisch für richtig hält in Südostsachsen zusammen mit dem Landkreis Zwickau und dem Vogtlandkreis ein Spartentheater zu unterhalten, welches auch produziert.

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen
Drucksachennummer: 833/2013

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt bezüglich der lfd. Nr. 3, ob sich die Fördermittel durch die Kostensteigerung auch erhöhen?
Frau Lembke, FG Stadtplanung, bejaht dies und antwortet, dass die Fördermittel auch schon bewilligt sind.

Herr Volker Friese, sachkundiger Einwohner, möchte zur lfd. Nr. 3 wissen, wieso der Baumbestand nicht schon vorher eingeplant wurde?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass es natürlich eine Übersicht über Leitungs- und Baumbestand gibt, diese ist jedoch nicht immer vollständig ist. Zudem ist es nicht immer möglich den tatsächlichen Zustand dieser vorauszusehen und somit in die Kosten einzuplanen.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 18.10.2013 bis 18.11.2013 für das Haushaltjahr 2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen zur Kenntnis.

3.2. Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 828/2013

Herr Mißbach, FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften, erläutert, dass die Stadt Plauen verpflichtet ist einen Beteiligungsbericht vorzulegen. In der SächsGemO wird zudem vorgeschrieben in welcher Form und bis zu welchem Datum dies zu erfolgen hat. Er erklärt, dass auf den Seiten 8 – 22 eine Kurzdarstellung der Gesellschaften (Lagebericht aus Sicht des Gesellschafters Stadt) erfolgt. Alle weiteren Seiten beinhalten die Einzeldarstellung der Gesellschaften und der Zweckverbände sowie die Beteiligungsberichte der Zweckverbände. Er informiert, dass aus Gründen der Papiereinsparung der Beteiligungsbericht ab diesem Jahr auch im Internet veröffentlicht ist. Er weist darauf hin, dass wenn es Fragen geben sollte, die nicht im Ausschuss geklärt werden können, die Möglichkeit besteht, einzelne Geschäftsführer zur Stadtratssitzung einzuladen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt ob die Stadt Plauen, bezüglich der Rückzahlung von Fördermitteln bei der Flughafen Hof-Plauen GmbH & Co. KG (Seite 20) auch beteiligt wird?

Herr Mißbach erklärt, dass dies nichts mit der Stadt Plauen zu tun hat und die Verpflichtungen aus dem Gesellschaftervertrag im vollen Umfang erfüllt sind.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob es eine Abfrage für die Prüfgesellschaften gab, da ihm im Beteiligungsbericht zweimal die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Jung aufgefallen ist und ihm diese mit 3 TEUR pro Prüfung als eher teuer erscheint.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die Vergabe von Wirtschaftsprüfungsleistungen immer über eine Ausschreibung erfolgt.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob die Differenz, welche bezüglich der Beteiligung an den Stadtwerken Strom (S. 48) entsteht, in

die Tilgung oder die Stadtkasse fließt?

Herr Mißbach erklärt, dass bisher planmäßig getilgt wurde und die Differenz zwischen Zinsen und Tilgung bisher in die Stadtkasse geht.

Stadtrat Rappenhöner möchte zudem wissen, ob die Mindestanzahl an Stromkunden erreicht worden ist?
Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die damalige Zielsetzung nicht ganz erreicht und in Geld abgegolten wurde. Er merkt jedoch an, dass die Kundenzahl der Stadtwerke nach wie vor steigen ist und mittlerweile ca. 29.000 Kunden zählt.
Er äußert abschließend, dass bezüglich der Abfrage, ob die Einladung eines Gesellschafters für die Stadtratssitzung gewünscht ist, mit dem Ältestenrat Rücksprache nehmen wird.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 828/2013 zur Kenntnis.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Plauen, einschließlich der Beteiligungsberichte 2012 der Zweckverbände, und die Berichterstattung der Aufsichtsräte der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung lt. Anlage zur Kenntnis.

4. Vorberatung

4.1. Verlängerung Einzelhandelskonzept
Drucksachennummer: 823/2013

Stadträtin Yvonne Gruber, CDU-Fraktion, fragt, ob der verwaltungsinterne Workshop schon stattgefunden hat und wie dieser ablaufen soll bzw. abgelaufen ist?

Herr Sorger, Beauftragter für Wirtschaftsförderung und Marketing, erläutert, dass laut Untersuchungen des Unternehmens die Einkaufsinnenstadt weiter begrenzt werden soll und mehrere Nahversorgungszentren nach aktueller Rechtsprechung nicht mehr als diese ausgewiesen werden sollten. Aus diesem Grund sollen insbesondere die Gebietsabgrenzungen nochmals intensiv mit dem Unternehmen und einem Fachbüro diskutiert werden. Er erklärt weiter, dass dann in der öffentlichen Veranstaltung die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert
werden soll.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, möchte wissen, an welcher Stelle die Fraktionen nochmals einbezogen werden können? Er merkt an, dass dies vor dem Vorliegen der redaktionellen Endfassung geschehen sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass in dem Abschlussgespräch mit dem Unternehmen zum Einzelhandelskonzept jeweils ein Mitglied jeder Fraktion eingeladen werden soll.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., bittet darum, dass die Einladung nicht erst ein bis zwei Tage vor dem eigentlichen Termin versendet werden sollte, da dies die Teilnahme aufgrund der Kurzfristigkeit sehr erschwert.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 823/2013 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt,

1. **die Verlängerung der Laufzeit des 2007 vom Stadtrat beschlossenen Einzelhandelskonzeptes bis zum Beschluss der Fortschreibung des neu erstellten Einzelhandelskonzeptes durch den Stadtrat, jedoch längstens bis 30.06.2014.**
2. **überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen in 2013 für die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes in Höhe von 7.239,90 €.**

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.2. Außerplanmäßige Aufwendungen für Postgebühren, die durch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe gedeckt sind
Drucksachennummer: 808/2013

Herr Grasse, FGL Zentrale Dienste, erklärt, dass im Rahmen der kameralen Haushaltsführung die elektronische Portoladung über haushaltsfremde Vorgänge gelaufen ist. Er führt weiter aus, dass dies doppisch nun nicht mehr möglich ist und somit alle Mittelflüsse geplant und abgerechnet werden. Er informiert, dass sich die Summe in Höhe von 295 TEUR nicht nur aus der Bearbeitung der hauseigenen Post zusammensetzt, sondern die komplette Aufgabenverteilung widerspiegelt. Dazu führt er aus, dass die eigene Postbearbeitung nur 28,6 % beträgt, für den Landkreis jedoch 70,3 % anfallen und sich der Rest auf den Rettungszweck-verband und weitere verteilt. Er merkt abschließend an, dass den Aufwendungen natürlich auch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe entgegenstehen, da für die Aufwendungen Rechnungslegung an die entsprechenden Stellen erfolgt.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, möchte wissen, ob dies eine einmalige Verfahrensweise im Rahmen der Umstellung auf die Doppik ist oder ob dieser Prozess nun jährlich wiederkommt?

Herr Grasse antwortet, dass dies nun jährlich je nach Auftrag des Landratsamtes eingeplant wird.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 808/2013 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt außerplanmäßige Aufwendungen i.H.v. 259.000 € für Postgebühren, die durch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe gedeckt sind.

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.3. Vorzeitige Ablöse von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet "Burgstraße"
Drucksachennummer: 826/2013

Frau Lembke, FG Stadtplanung, erläutert die Vorlage und spricht kurz das Sanierungsgebiet „Altstadt“ an, bei der das Ablöseverfahren schon läuft. Sie informiert, dass die Stadt laut des Gutachtens Ausgleichsbeträge in Höhe von ca. 668 TEUR hätte einnehmen können, mit Einberechnung des Verfahrensnachlasses von. 20% noch 535 TEUR. Sie erklärt, dass wenn für alle bisher abgeschlossenen Vereinbarungen (70 von 180) der Ablösebetrag bis zum 31.12.2013 eingeht, 225 TEUR (ca. 40%) eingenommen werden. Abschließend äußert sie, dass die Bürger im nächsten Jahr nochmal über das Mitteilungsblatt angesprochen und über die Verfahrensnachlässe informiert werden sollen.

Frau Polster-Roth, Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (WGS mbH), erläutert anhand einer Präsentation die Problematik Ausgleichsbeträge. Insbesondere geht Sie darauf ein, dass die Erhebung der Ausgleichsbeträge gesetzlich vorgeschrieben ist, ab 2017 die Ablösepflicht eintritt und bis dahin Verfahrensnachlässe möglich sind.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob schon klar ist, wofür das Geld verwendet wird? Er würde vorschlagen, die durch das Ablöseverfahren generierte Summe für die Gehwegsanierung in dem jeweiligen Sanierungsgebiet zu verwenden, da dort meistens die nötigen Mittel fehlen. Er ergänzt, dass somit eine unmittelbare, für jeden Grundstückseigentümer erkennbare Größenordnung geschaffen werden würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, diese Idee der Mittelverwendung als Vorschlag in den Baubereich hineinzutragen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 826/2013 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. **die Durchführung des vorzeitigen freiwilligen Ablöseverfahrens gemäß § 154 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen für Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet „Burgstraße“ vom 01.01.2014-31.12.2016**

2. **nachfolgende Verfahrensnachlässe zu gewähren**

   - 20 % Verfahrensnachlass für Zahlung vom 01.01.2014-31.12.2014
   - 15 % Verfahrensnachlass für Zahlung vom 01.01.2015-30.06.2015
   - 10 % Verfahrensnachlass für Zahlung vom 01.07.2015-31.12.2016

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.4. Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes GAV
Drucksachennummer: 816/2013

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, erklärt, dass sich die Erarbeitung des Wirtschaftsplanes und die damit in Zusammenhang stehende Erhaltung der Liquidität sehr schwierig dargestellt haben.

Herr Armbruster, kaufm. Leiter Eigenbetrieb GAV, erläutert im Wesentlichen die Abweichungen gegenüber 2013 (siehe S. 6 Vorlage). Als problematisch sieht er in der mittelfristigen Entwicklung die Liquidität, welche ab 2016 im negativen Bereich ist. Er erklärt, dass den Stadträten somit in den nächsten Monaten Vorschläge unterbreiten werden müssen, die dieser Entwicklung entgegen wirken werden.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, hat eine Frage bezüglich der Stellenübersicht S. 20. Er möchte wissen, wieso bei der Stelle Radwege-/Baumkontrolle (Baumpflege) 1,8 Stellen dazugekommen sind?

Herr Armbruster erklärt, dass nur eine andere Darstellung vorgenommen wurde und die Stellen jetzt nach Organisation geordnet sind. Er äußert, dass es für die Aufgaben im

Vergleich zum Vorjahr weder mehr noch weniger Stellen gibt.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob es der bauliche Zustand des Asylbewerberheims zulässt, so wie im Erfolgsplan aufgeführt, die Instandhaltungsmaßnahmen erst 2016 vorzunehmen?

Herr Jochen Stüber, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, wie sich der Bewirtschaftungszuschuss (160 TEUR) für die Helbig-Sporthalle zusammensetzt.

Herr vom Hagen erklärt bezüglich Problematik Asylbewerberheim, das ursprünglich geplant war, in jedem Jahr die Hülle von einem dieser Gebäude zu sanieren. Er begründet weiter, dass dies in Abstimmung mit der Kämmerei wegen der Haushaltssituation etwas gestreckt wurde, da der Zustand der Bausubstanz durchaus in Ordnung ist. Er ergänzt, dass wenn dies von den Stadträten anders gewünscht ist, gern ein Vorschlag an die Verwaltung gerichtet werden kann.

Stadtrat Jäger merkt an, dass es dazu eine Aussprache in der Fraktion gab, die etwas anderes aussagt.

Herr Armbruster antwortet, dass es sich bezüglich der Zusammensetzung des Bewirtschaftungszuschusses, um die Kosten für Strom, Wasser, Hallenwart usw. handelt. Zudem merkt er an, dass die Kosten im Vergleich zur Sporthalle Wieprechtstraße gesehen werden sollten. Dabei wird ersichtlich, dass die Kosten für einen Neubau trotzdem deutlich günstiger sind (ca. 20.000 EUR) als bei einem älteren Gebäude.

Stadtrat Dieter Rappenhöner äußert sich zur Sanierung Asylbewerberheim und weist darauf hin, dass diese dem Landrat zugesagt worden ist. Er findet, dass die Fassade in einem schrecklichen Zustand ist und wenigstens an dem rechten Gebäude etwas gemacht werden müsste.

Herr vom Hagen erklärt, dass dies von den Fraktionen als Vorschlag in die Haushaltsdiskussion eingebracht werden kann und durch Verschiebung einer anderen Maßnahme vielleicht möglich wäre.

Herr Gerd Zeune, sachkundiger Einwohner, fragt, wo die Instandhaltungsmaßnahmen für die Schaustickerei geplant sind?

Herr vom Hagen antwortet, dass sich die Instandhaltung für dieses Objekt auf Grund des Denkmalschutzes nicht so einfach darstellt und die Oberlichter sehr aufwendig wieder hergerichtet werden müssen. Er ergänzt, dass sie darum auch Fördermittel beantragt wollen und in 2013 vorerst nur eine Sicherung vorgenommen haben. Er erklärt, dass notwendige Instandhaltungsmaßnahmen für die Schaustickerei aber natürlich in dem Gesamtbudget „Instandhaltungen“ enthalten sind und wenn erforderlich daraus bezahlt werden.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 816/2013 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

1. **Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen für das Wirtschaftsjahr 2014**

   mit Erträgen in Höhe von 18.923.798 €, Aufwendungen in Höhe von 19.095.363 € und somit mit einem Verlust in Höhe von 171.565 € im Erfolgsplan,

   mit einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 177.350 €,

mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von186.800 € und einem Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 92.187 € im Liquiditätsplan.

2. **Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 0 € festgesetzt.**

3. **Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 € festgesetzt.**

4. **Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500.000 € festgesetzt.**

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.5. Feststellung der Jahresrechnung 2012
Drucksachennummer: 830/2013

Herr Uebel, Leiter Rechnungsprüfungsamt, erläutert die Vorlage und geht insbesondere auf den Rechenschaftsbericht und den Schlussbericht ein. Er erklärt, dass alle Unterlagen termingerecht eingegangen sind und die Ordnungsmäßigkeit in vollem Umfang bestätigt werden kann. Er merkt an, dass es im technischen Bereich keine wesentlichen Dinge gab, die zu beanstanden waren. Als kleine kritische Anmerkung möchte er erwähnen, dass die Nachtragsunterlagen nicht immer vollständig waren. Er bittet darum, bestehende Prüfungswünsche an das Rechnungsprüfungsamt zu richten.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 830/2013 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt nach der Durchführung der örtlichen Prüfung gemäß § 104 SächsGemO die Jahresrechnung 2012 mit

Einnahmen	**von 131.340.672,94 EUR**
Ausgaben	**von 131.340.672,94 EUR**

fest und nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Jahresrechnung 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

5. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2014

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, informiert, dass die Finanzlage sehr angespannt ist und es sehr schwierig war, einen Haushalt vorzulegen, der nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften genehmigungsfähig ist. Dies bedeutet, dass bis zum Planungszeitraum am 31.12.2017 liquide Mittel vorhanden sein müssen.
Sie erklärt weiter, dass für die Kredittilgung, wie auch für die laufenden Aufwendungen, keine weiteren Kredite aufgenommen werden dürfen. Zudem merkt sie an, dass durch Streichung von Investitionen keine laufenden Ausgaben finanziert werden können.
Sie äußert, dass sich das strukturelle Defizit als Hauptproblem darstellt (laufende Aufwendungen werden nicht durch laufende Erträge gedeckt) und zudem wird die Kredittilgung nicht erwirtschaftet. Sie informiert, dass die Pro-Kopf-Verschuldung unter

Berücksichtigung der Zensusergebnisse zum 01.01.2014 mit 867,10 EUR, zum 01.01.2015 mit 859,55 EUR und am Ende des Planungszeitraumes zum 01.01.2017 mit 755,39 EUR in den Haushalt eingeplant ist.
Abschließend merkt sie an, dass die neuen Zensusdaten in der Schlüsselzuweisung schon berücksichtigt sind und einen Verlust von ca. 0,5 Mio. EUR betragen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob es überhaupt keine Kredittilgung geben wird?

Frau Göbel verneint dies und erklärt, dass die Beträge für die Tilgung normalerwiese aus dem laufenden Haushalt erwirtschaftet werden müssten. Sie erläutert, dass schon getilgt wird, dies aber aus der allgemeinen Rücklage bzw. bis jetzt noch aus dem existierenden Zahlungsmittelbestand finanziert wird. Sie ergänzt, dass für die Tilgung keine Kreditaufnahme möglich ist, wenn die allgemeine Rücklage aufgebraucht ist.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf die Stellungnahme der Kreis-verwaltung zum Plauener Haushalt und zitiert teilweise daraus. Unter anderem wird darin aufgeführt, dass die dauernde Leistungsfähigkeit als nicht mehr gesichert eingeordnet werden kann, die Stadt Plauen ihre Investitionstätigkeit stark überdenken muss und diese auf Maßnahmen der infrastrukturellen Grundversorgung begrenzen sollte.
Er äußert, dass nun Punkt für Punkt geprüft werden muss, was sich die Stadt leisten kann und was nicht, insbesondere bezieht er sich dabei auf Investitionen im Hoch- und Tiefbau.

Frau Göbel erklärt, dass sich die Bezeichnung „auf die infrastrukturelle Grundversorgung beschränken“ auf bestimmte Verwendungsbereiche bezieht (Schulen, Straßen, teilw. Städtebau) und nicht bedeutet, dass diese Maßnahmen besonders dringlich sind. Sie ergänzt, dass Maßnahmen die nicht zur infrastrukturellen Grundversorgung gehören z.B. Kultureinrichtungen und Sportbauten sind. Sie erläutert, dass dadurch für manche Bereiche keine Finanzierungsquellen mehr existieren, zum einen weil die Schlüsselzuweisungen nur für Investitionsmaßnahmen der infrastrukturellen Grundversorgung eingesetzt werden können, zum anderen weil die noch vorhandenen Eigenmittel (liquide Mittel) aufgrund der Haushaltssituation in den Ergebnishaushalt und die Tilgung gesteckt werden müssen. Auch Kredite werden voraussichtlich nur noch für Maßnahmen der infrastrukturellen Grundversorgung genehmigt.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, welche Aufgaben die Stadt derzeit noch ausübt, die aber eigentlich an den Landkreis übergegangen sind und welche Kosten dafür entstehen?

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass der ÖPNV eigentlich zum Landkreis gehört und von den insgesamt 3 Mio. EUR 1,1 Mio. EUR vom Landkreis und 1,9 Mio. EUR von der Stadt Plauen gezahlt werden. Er erklärt, dass die 1,9 Mio. EUR eigentlich vom Landkreis zu tragen wären. Weiterhin zählt er das Theater auf und erklärt, dass der Landkreis nur die Umlage zahlt und die Kosten eigentlich auf viel breitere Schultern verteilt werden müssten. Zudem erwähnt er den Denkmalschutz und die Mitgliedschaft im Kulturraum (650 TEUR) und erklärt, dass diese Aufgaben nicht abgegeben werden können, weil ansonsten die Vertretung der Interessen der Stadt Plauen nicht mehr gegeben ist.

Frau Göbel ergänzt, bezüglich des Themas ÖPNV, dass wenn der Landkreis die kompletten 3 Mio. EUR zahlen würde, für die Stadt Plauen eine tatsächliche Einsparung von 800 TEUR bis max. 1 Mio. EUR entstehen würde, da man beachten muss, dass der Effekt der durch den steuerliche Querverbund entsteht, abgezogen werden müsste.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, merkt an, dass ihn und seine Fraktion die Art, wie

die Haushaltskonsolidierung betrieben wird, ärgert. Er gibt zu bedenken, dass in 2009 auch schon viele der jetzigen Probleme bekannt waren und sich aber bis heute in den großen Fragen nicht viel bewegt hat. Er findet, dass schon in 2013 der Einstige in eine Debatte zur Konsolidierung möglich gewesen wäre und so die Probleme nicht erst in die neue Legislaturperiode übertragen würden.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass die Dinge, die jetzt in Frage gestellt werden, 2008 ganz bewusst behalten wurden. Er erklärt, dass seiner Ansicht nach, z.B. eine Straßenbahn, erst dann an den Kreis übergeben werden sollte, wenn alle nötigen „Sanierungen“ erledigt sind.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, äußert, dass ein mögliches Denkmodell wäre, den Gleichstand im ÖPNV herzustellen. So müsste der Vogtlandkreis durchrechnen, was die Beförderung mit Bussen in einer Stadt kostet und dann könnte man sagen, Plauen trägt die Differenz zwischen Bus und Straßenbahn.
Zudem ergänzt er, dass auch das zugrunde legen der Vollkostenrechnung ein möglicher Ansatzpunkt für die Haushaltskonsolidierung wäre.

Frau Göbel informiert, dass bis zum 17.01.2013 Änderungsvorschläge der Fraktionen eingereicht werden können und im Finanzausschuss am 20.02.2014 der endgültige Haushalts-beschluss auf der Tagesordnung steht.

Stadtrat Kett möchte wissen, wie die Korrektur der Ein- und der Ausgabenseite z.B. von 96 Mio. EUR (HH 2013 Einnahmenseite) auf 102 Mio. EUR (HH 2014 Einnahmenseite) zusammenhängt?

Frau Göbel erklärt, dass ein wesentlicher Punkt ist, dass sich Baumaßnahmen im Rahmen der Doppik in starkem Maße im Ergebnishaushalt widerspiegeln. Sie ergänzt, dass z. B. allein die Maßnahme „Bahnhof Mitte“ über 4 Mio. EUR ausmacht.

6. Verschiedenes

- Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob sich die Baukostenerhöhung des neuen Landratsamtes, außer der Kreisumlage, auf den Haushalt der Stadt niederschlägt?

  Oberbürgermeister Oberdorfer verneint dies. Er erläutert, dass die Beiträge der Stadt abschließend definiert sind.

- **Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf eine Anfrage, welche sie im November bezüglich Erlasse und Stundungen von Steuerverpflichtungen gestellt hat und bittet um eine genauere Erklärung bezüglich Erlass Gewerbesteuer.**

  Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass dies schriftlich erfolgen soll.

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den

Hansgünter Fleischer
Stadtrat

Plauen, den

Luise Dähn
Schriftführerin

Plauen, den

Benjamin Zabel
Stadtrat